53. Jahrgang. № 127. Sonnabend, 8. Mai 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,40 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2,50 Mk. bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gebührenfrei zugesandt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftl. Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 25 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belege werden jedesmal berechnet, jedes Stück 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen! — Dresden Guthmann's Cosmos-Seife ist die beste für den Teint Stück 25 Pfg. — Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Glaswaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn,** Inh. **Richard Rihl,** Königl. Sächs. Hoflieferant. Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

Vorzüglich für Gummischläuche mit Mundgel. Telephon I 3844. E. Böhme, B. Fischmann, Ecke der Bäumchenstr. — E. Böhme's rother Gartenschlauch.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, vorwiegend heiter.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Zugführers Karl Schreiber, der das Berliner Hochbahnunglück verschuldete.

Fürst Bülow wird unter keinen Umständen eine Rücktrittsabsicht früher verwirklichen, als bis der Reichstag über die Reichsfinanzreform entschieden haben wird.

Der Bundesrat nahm die Vorlage betreffend die Anwendung von Vorschriften des Gesetzes über die Reichskriegshäfen für die Insel Helgoland und ihre Gewässer an.

Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte gestern über die Besoldungsordnung.

Die Abgg. Dr. Pachnicke, Linck und Reichsgraf v. Bothmer haben eine Interpellation zur mecklenburgischen Verfassungsfrage eingebracht.

An den diesjährigen Kaisermanövern, die vom 12. bis 17. September in Württemberg stattfinden, werden auch drei verschiedene Lenkballons teilnehmen.

Die Eröffnung des Luftschiffahrtsbetriebes Friedrichshafen—Stuttgart—Frankfurt—Düsseldorf bis Köln ist für das Frühjahr 1910 gesichert.

Im Kreise Hagen und Schwelm steht eine allgemeine Aussperrung in der Eisenindustrie bevor.

In Jägerndorf ist ein Güterzug im Schnee stecken geblieben.

Die Möglichkeit des Rücktritts des Fürsten Bülow

wird augenblicklich im Anschluß an die verfahrene Lage der Reichsfinanzreform vielfach besprochen und in widersprechenden Meldungen bald verneint, bald behauptet. Für den unbefangenen, nur von patriotischen Gesichtspunkten geleiteten Beurteiler der Lage hält es nicht schwer, in diesem Hin und Her von Erörterungen den richtigen Wegweiser zu finden. Fürst Bülow hat vor kaum einem Monat im Reichstage erklärt, daß er in seiner verantwortlichen Stellung ausharren werde, solange ihm das Vertrauen des Kaisers zur Seite stehe und sein Gewissen ihm dies Verbleiben im Amte erträglich erscheinen lasse. Muß nicht gerade in dem gegenwärtigen entscheidungsschweren Zeitpunkte einem Manne von der Pflichttreue und Vaterlandsliebe des Fürsten Bülow das Gewissen sagen, daß er den Posten, auf den ihn das Vertrauen seines Kaisers gestellt hat und für den noch kein gleichwertiger Anwärter gefunden ist, nicht im Stiche lassen dürfe? Was wäre auch mit seinem Rücktritt gewonnen? Freilich, Zentrum, Polen und Sozialdemokraten sähen sich am Ziele ihrer Wünsche; nichts käme ihnen erwünschter, als den Mann gestürzt, gedehmütigt zu sehen, der jeder dieser drei Parteien gegenüber deutschnationales Wesen und Streben zur Geltung gebracht hat! Aber würde das Finanzreformwerk damit gefördert? Würde unsere innerpolitische Lage damit gebessert? Die Reichsfinanzreform ist nicht eine persönliche Angelegenheit des Reichskanzlers. Für diese Reform haben sich die verbündeten Regierungen eingesetzt, weil sie überzeugt sind, daß das Reich nur dann einer gesicherten und gedeihlichen und ehrenvollen Zukunft entgegengehen kann, wenn es vermöge gesunder Finanzen allen kommenden Aufgaben und Eventualitäten gerecht zu werden vermag. Und ferner sind die verbündeten Regierungen darin völlig einig, daß der Besitz in angemessener Weise zu dem neuen Steuerbedarf herangezogen werden muß, und endlich auch darin, daß dies, in Rücksicht der finanziellen Interessen der Einzelstaaten, nur im Wege einer wirklich ergiebigen, d. h. Ehegatten und Kinder einbeziehenden Erbschaftssteuer geschehen kann. Ist aber der leitende Staatsmann an dieses Programm gebunden, wie kann dann die Annahme berechtigt sein, daß ein Rücktritt des Fürsten Bülow die Schwierigkeiten beseitigen werde? Für eine Partei, die nach persönlicher Vergeltung verlangt wie das Zentrum, mag die Parole gelten: unter allen Umständen gegen Bülow! Für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit aber handelt es sich nicht um die Person. Auch Fürst Bülow wird dereinst der Zeit den schuldigen Tribut zahlen müssen. Aber das Reich soll bestehen, soll wachsen und kraftvoll gedeihen durch Jahrhunderte.

Um der Sache willen müssen sich die Parteien, die zur Mitarbeit in der Aera einer lediglich nach nationalen Interessen geleiteten Reichspolitik berufen waren, wieder zusammenfinden. Die Nationalliberalen sind bereit, den Kanzler weiter zu unterstützen. Die Freisinnigen haben alle Ursache, dem Kanzler dankbar zu sein, und sie werden es im entscheidenden Moment am Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Aber auch die konservative Partei, deren Mehrheit ja, in Uebereinstimmung mit dem Bunde der Landwirte, das Besitzsteuer-Programm der Regierung nach wie vor aufs schärfste bekämpft, wird sich nicht verhehlen können, daß es auch in Preußen nicht verstanden wird, wenn derselbe Staatsmann, dessen reiche Verdienste um die auswärtige Politik des Reiches die Organe der preußischen Konservativen hundertmal anerkannt haben, den sie als einen der Ihrigen und mit Recht als den treuen, fürsorgenden Freund der deutschen Landwirtschaft so lange gefeiert haben, nun plötzlich als der gefährlichste Gegner hingestellt wird, der sich entweder zu unterwerfen oder aber von der Bildfläche zu verschwinden habe; und das lediglich wegen seiner Haltung in einer Steuerfrage, die für den weitaus größten Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung tatsächlich nur von untergeordneter Bedeutung ist; hat doch Freiherr v. Rheinbaben ausdrücklich nachgewiesen, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Landwirte von der Ausdehnung der Erbschaftssteuer betroffen würde. Und auch darüber sollen die Herren von Heydebrand und von Mirbach, die eigentlichen Führer der agrarischen Opposition, sich nicht täuschen, daß die Ausschaltung des Zentrums auch in konservativen Kreisen als Befreiung von unerträglichem Drucke empfunden wurde, und daß umgekehrt eine Wiederherstellung der Zentrumsherrschaft nicht gerade freundliche und dankbare Gefühle gegen diejenigen auslösen würde, denen die Wiederkehr eines solchen Zustandes in erster Linie zur Last gelegt werden müßte. Nicht ohne Absicht hat Fürst Bülow in seiner Antwort auf den Glückwunsch der „Kreuzzeitung" an die Mahnung einer großen Zeit erinnert, die zugleich der Wahlspruch des genannten Organs ist: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!" Auch der deutsche Konservatismus wird sich nur gedeihlich entwickeln können, wenn er da, wo es nötig ist, mit der Zeit mitgeht und für die gebieterischen Forderungen des Tages Verständnis zeigt. Wer aber verkennen wollte, daß das Besitzsteuer-Programm der Regierung eine eminent wichtige politische Bedeutung hat und den Staatsnotwendigkeiten, die nun einmal in der Schichtung und Stimmung der Nation gegeben sind, gerecht zu werden sucht, müßte mit Blindheit geschlagen sein.

Vollends abwegig muß vorderhand der Gedanke einer Reichstagsauflösung erscheinen. Man braucht sich nur zu fragen, welche Parteien an einer solchen Maßnahme Interesse hätten, und man wird dann nicht umhin können, der Behauptung von der angeblichen Zweckmäßigkeit oder gar Notwendigkeit eines Appells an die Wähler Mißtrauen entgegenzusetzen. Es ist mehr als fraglich, es ist so gut wie gewiß, daß auch dieser gewagte Schritt nicht zum Ziele führen würde. Unfehlbar würden sich die Parteien, die jetzt die äußersten Flügel des Blocks bilden, aufs schärfste bekämpfen. Die sehr wahrscheinliche Folge wäre eine empfindliche Schwächung beider, und den Vorteil davon hätten Zentrum und Sozialdemokraten. Aber noch eine andere wertvolle Errungenschaft des Jahres 1907 ginge verloren: die in der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft vereinigten Gruppen, die sich im Block zu einer richtigeren Einschätzung der sozialdemokratischen Gefahr durchgerungen und dementsprechend gehandelt hatten, würden sich wieder zum Anschluß an die äußerste Linke genötigt sehen und deren bei etwaigen Neuwahlen ohnehin vorteilhafte Stellung noch weiter begünstigen. Und ganz sicher würde in einem Reichstage, in dem Zentrum und Sozialdemokraten die Mehrheit haben, eine Finanzreform, in der Besitz- und Verbrauchssteuern nach dem Verhältnis von 1 : 4 bemessen sind, nicht durchführbar, wahrscheinlich nicht einmal diskutabel sein. Kurz, wohin man auch den Blick richtet, nirgends eröffnen sich bessere Aussichten, und das Ergebnis jeder das Für und Wider der gegenwärtigen parlamentarischen Situation unbefangen abwägenden Prüfung wird sein, daß in keinem Falle ein Grund zur Auflösung des Reichstages vorliegt, bevor nicht die entscheidenden Abstimmungen im Plenum stattgefunden haben. Erst wenn die Regierung sich vor die unbestreitbare Tatsache gestellt sieht, daß sie mit einer Parteikonstellation zu rechnen hätte in der entweder die polnische oder die sozialdemokratische Fraktion ausschlaggebend wäre, würde jede Möglichkeit genommen sein, einen so beschaffenen parlamentarischen Machtfaktor im Rahmen der Gesamtpolitik beizubehalten.

Wegen dieser letzten Entscheidung braucht man sich jetzt noch nicht zu beunruhigen. Vielmehr läßt sich aus gewissen Anzeichen schließen, daß nochmals ein Versuch zur Verständigung gemacht werden soll. Den Fürsten Bülow hat der Kaiser am 6. Mai, also mehrere Tage nach den bekannten Beschlüssen der Finanzkommission, seines vollsten Vertrauens versichert. Der Kanzler selbst hat in seiner Antwort auf den Glückwunsch der nationalliberalen Partei betont, daß er voll Zuversicht und unverzagt an dem Reformwerk weiter arbeiten werde. Der Kaiser kehrt erst am 23. d. M., wenn das gemeldete Datum des Besuchs in Wien richtig ist, vielleicht auch einige Tage früher nach Berlin zurück. Frühestens dann könnte nach den herrschenden Gepflogenheiten der Vollzug eines Kanzlerwechsels in Frage kommen. Und dabei wäre noch eine weitere Voraussetzung, die aber angesichts des Verlaufs der Arbeiten in der Finanzkommission kaum gegeben sein dürfte, daß bis dahin eine Entscheidung des Reichstagsplenums herbeigeführt ist. Bis dahin aber kann sich bei allseitigem guten Willen sehr wohl noch ein sachlicher Ausweg finden lassen. Sicherlich ist es nicht ohne Bedeutung, daß das Organ des Reichskanzlers in einer Polemik gegen die „Konservative Korrespondenz", der man förmlich anmerkt, wie sie jedes verletzende Wort zu vermeiden sucht, die Auffassung als falsch bezeichnet, als richte die Reichsregierung ihre Aufmerksamkeit allein auf die Bekämpfung der ablehnenden Haltung der Konservativen in der Frage der Erbschaftssteuer. Der Reichskanzler, so heißt es weiter, hat vielmehr nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er ein Aufkommen von 400 Millionen aus indirekten Steuern als ebenso notwendige Basis für die Reichsfinanzreform betrachte wie die angemessene Besteuerung des Besitzes. Diese bemerkenswerte Erklärung trifft zeitlich zusammen mit einer Aeußerung des führenden agrarischen Organs, in der es am Schlusse heißt: „Wir wenigstens können uns von einem Kanzlerwechsel durchaus keine Förderung der Reichsfinanzreform versprechen. Das immer wieder auftauchende Gerede, daß gewisse konservative Kreise auf den Rücktritt des Fürsten Bülow hinarbeiteten, ist ebenso unnütz wie haltlos."

Sollten diese freundlichen, beinahe verbindlichen Erklärungen einen neuen Versuch der Verständigung andeuten oder anbahnen, so würde niemand darüber sich mehr freuen als die sächsischen Konservativen, die soeben erst ihrem lebhaftesten Unbehagen über den Gedanken an einen konservativ-ultramontanen Block Ausdruck gegeben haben. Soviel ist gewiß: jeder Zweifel über das, was auf dem Spiele steht, wenn die Verständigung scheitern sollte, ist geschwunden. Vielleicht wird diese Gewißheit mehr noch als alles andere bei den Blockparteien das Gefühl der Verantwortlichkeit wecken und sie einen Weg finden lassen, der an der Klippe schwerer innerer Krisen vorbei auf den sicheren Pfad vertrauensvollen Zusammenwirkens zum Wohle des Vaterlandes führt.

* * *

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Möglichkeit eines Kanzlerwechsels wird von gut unterrichteter Seite geschrieben: Es ist eine Tatsache, daß der Reichskanzler im Falle des Scheiterns der Verständigung in der Reichsfinanzreform den Wunsch hat, von seinem Amte zurückzutreten. Daß aber ein solcher Rücktritt gegen den Willen des Kaisers erfolgen wird, darf als ausgeschlossen gelten. Nun wäre bei einem Kanzlerwechsel, der durch den Widerstand der Konservativen verursacht wird, ein Nachfolger nach dem Wunsche der Konservativen eine Unmöglichkeit. Ebensowenig ist ein liberaler Kanzler denkbar; denn selbst wenn ein solcher gefunden würde, hätte er keine Chancen, das begonnene Werk der Finanzreform durchzuführen, da die Liberalen ihm keine Mehrheitspartei zur Verfügung stellen können. Es bliebe daher nur ein neuer Kanzler übrig, der entschlossen wäre, mit Zentrum und Liberalismus gemeinsam die Sanierung der Reichsfinanzen vorzunehmen. In unterrichteten Kreisen hält man es aber für völlig ausgeschlossen, daß der Kaiser einen Nachfolger des Fürsten Bülow berufen würde, um mit dem Zentrum eine neue Majorität zu bilden. Und aus diesen Erwägungen dürfte es sich empfehlen, nicht mit einem Kanzlerwechsel, als einem Mittel zur Lösung der inneren Krise, zu rechnen, da man diesem Mittel an der entscheidenden Stelle entschieden abgeneigt ist. Die ultima ratio dürfte nach einer anderen Richtung liegen. Aber noch immer nimmt man an maßgebender Stelle an, daß ein Schritt des Entgegenkommens von liberaler Seite in der Branntweinbesteuerung ein erfolgversprechender Ausweg aus der ganzen Schwierigkeit wäre.

Neueste Drahtmeldungen vom 7. Mai.

Die Besoldungsordnung in der Budgetkommission.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission verhandelte heute nachmittag über den Abschnitt des Besoldungsgesetzes, der den Wohnungsgeldzuschuß be-